

PAUKOS



Foto: Rote Flora Hamburg

Inhalt

Henrik Peitsch

*PAUKOS im Gespräch mit Frau Professor Dr. Susanne Menzel-Riedl
Präsidentin der Universität Osnabrück*

GEW Landesverband Niedersachsen

*GEW-Statement zum SWK-Gutachten – Brandbrief an Bund und Länder
GEW Niedersachsen zu einem Jahr Rot-Grün in Niedersachsen*

Jochen Hensel – Dritte Welt Verein Osnabrück e.V.

Reisebericht Nicaragua

Dr. Josef Hanel

Bildung neu denken – Die aktuelle Pisa-Studie schreckt wieder einmal viele auf.

Heiko Schulze

Verdunkelter Abgang auf 2023

Inhalt	Seite
Henrik Peitsch	
PAUKOS im Gespräch mit Frau Professor Dr. Susanne Menzel-Riedl	
Präsidentin der Universität Osnabrück	3
Termine – Bilder vom Bürgerfest und dem Fest der Kulturen	6
GEW Landesverband Niedersachsen	
Informationen aus dem Landesverband:	
– GEW-Statement zum SWK-Gutachten – Brandbrief an Bund und Länder	
– GEW Niedersachsen zu einem Jahr Rot-Grün in Niedersachsen	7
GEW Bund	
Pressemitteilungen:	
– „Enttäuschendes Urteil – Beamtenrecht demokratisch fortentwickeln“	
– „PISA-Ergebnisse spiegeln Lehr- und Fachkräftemangel wider“	8
DGB	
– Aktuelle Ausbildungszahlen. Von Normalität auf dem Ausbildungsmarkt noch keine Spur	
– Ausbildungsreport: Digitalisierung der Ausbildung in der Berufsschule	9
Unsere Jubilare – Mitstreiter*innen gesucht!	10
OS-Radio 104,8	
Bundesweiter Bildungsprotesttag am 23. September 2023	11
JHV 2023 mit Wahlversammlung: 3. April 2023	
Einreichung von Anträgen und Wahlvorschlägen	12
<hr/>	
Jochen Hensel – Dritte Welt Verein Osnabrück e.V.	
Reisebericht Nicaragua	14
Gesprächskreis GEW-Lehrkräfte	18
Dr. Josef Hanel	
Bildung neu denken – Die aktuelle Pisa-Studie schreckt wieder einmal viele auf. Doch tatsächlich ist das Interesse der Politik an dem Thema dürftig	19
Heiko Schulze	
Verdunkelter Abgesang auf 2023	22
Parolen aus dem Koffer	
Ein Projekt des ILEX-Kreises aus Osnabrück	26
Henrik Peitsch	
Zu guter Letzt	26
Impressum	27
Kritische polit-ökonomische Bildung – Online Veranstaltungsreihe	28

Der GEW Kreisverband
 Osnabrück-Stadt
 wünscht allen Kollegen und Kolleginnen
 alles Gute für das Jahr 2024 – vor allem
 Gesundheit und viel Energie
 für die tägliche Arbeit



PAUKOS im Gespräch mit Frau Professor Dr. Susanne Menzel-Riedl Präsidentin der Universität Osnabrück Henrik Peitsch

Frau Professorin Menzel-Riedl, Sie sind seit 2019 Präsidentin der Universität. Sie wurden 2022 neben fünf anderen Kolleg*innen für die Auszeichnung Hochschulmanager*in des Jahres 2022" nominiert. Diese Auszeichnung wird vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), eine gemeinnützige Einrichtung der Bertelsmann-Stiftung, jährlich vergeben. Welche Aufgabe sehen Sie für die zukünftige Entwicklung der Universität als besonders wichtig?

Nun, in erster Linie sind wir als Universität der wissenschaftlichen Forschung, die unmittelbar in qualitativ hochwertige und innovative Lehre für unsere Studierenden einfließt, verpflichtet. Hinzu kommt der Transfer unserer Forschungsergebnisse in die Gesellschaft. Auf diesen drei Bereichen liegt unser Hauptaugenmerk. Natürlich spielt dabei die gesellschaftliche Verantwortung, die wir als öffentliche Einrichtung, die ja aus Steuermitteln finanziert wird, eine große Rolle, die wir sehr ernst nehmen und die natürlich auch unsere Kommunikation nach außen prägt.

Markus Steinmeyer, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Germanistik und Literaturwissenschaft an der Universität Duisburg/Essen, hat in einem Artikel der Zeitung der Freitag (6. April 2023) u.a. geschrieben: „Der Bologna-Prozess ersetzt die Wissenschaftsorientierung der universitären Lehre durch eine Anpassung an gerade nicht wissenschaftliche Parameter.“ Maßstab für die Leistungsbemessung seien jetzt „Arbeitsmarktbefähigung und Kompetenzentwicklung.“ Wie verorten Sie sich persönlich in der Diskussion um die Ökonomisierung akademischer Bildung?

Für Universitäten, die ja der wissenschaftlichen Forschung und natürlich auch der gesellschaftlichen Aufklärung dienen sollen, stellt die Bezugnahme auf die bloße Arbeitsmarktbefähigung und Ökonomisierung eine verengte Perspektive dar. Jungen Menschen Bildungsangebote zu unterbreiten, die sie gerne annehmen – und zwar nicht nur, weil sie ihnen perspektivisch gut bezahlte Chancen



Foto: Universität Osnabrück

auf dem Arbeitsmarkt verschaffen, sondern auch, weil sie dabei helfen, sich persönlich weiterzuentwickeln – das ist und bleibt, meiner Meinung nach, unsere Aufgabe. Aus dieser, nennen wir es „ganzheitlichen Sicht“, die die berufliche mit der individuellen Entwicklung verbindet, nehmen wir das Grundrecht der Berufsfreiheit sehr ernst.

Die derzeitige Regierungskoalition hatte vereinbart, das Wissenschaftszeitvertrags-gesetzes (WissZeitVG) zu reformieren. In diesem Zusammenhang hat es erhebliche Proteste von den Betroffenen gegeben. Das Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft stellt fest, dass fast 90 % der wissenschaftlichen Angestellten (Nicht-Profes) an Universitäten befristet beschäftigt sind. Wie ist die Situation an der Universität Osnabrück? Wie schätzen Sie den Entwurf zur Änderung des Gesetzes hinsichtlich einer Verbesserung der Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen Nachwuchses ein?

Ich glaube, diese Zahl ist für unsere Universität zu hoch gegriffen. Von unserem wissenschaftlichen Personal, insgesamt 854 Personen (ohne Professoren) waren im Jahr 2022 724, also 84,8 Prozent, befristet beschäftigt. Hier sind alle Ausbildungsstellen inbegriffen, wie beispielsweise Promotionsstellen und viele von ihnen sind befristete Stellen, die aus Drittmitteln finanziert werden. Nichtsdestotrotz bringt insbesondere die Bund-Länder-Finanzierung für die Hochschulen lange nicht die Sicherheit, die beim Thema Ent-

bzw. Befristung erforderlich ist. Mein Eindruck ist aber, dass dieses Thema auch von der Politik zunehmend ernst genommen wird und wir als Hochschulen hier mit unseren Einwänden auch gehört werden.

Im Jahr 2016 wurde ein Zukunftskonzept für 2020 entwickelt. Dies war noch vor Ihrer Zeit als Präsidentin. Allerdings waren Sie damals Vizepräsidentin. Wurden die dort formulierten Entwicklungsziele erreicht?

Ja, das wurden sie definitiv. Allein schon durch die das Konzept stark prägende interdisziplinäre Ausrichtung unserer wissenschaftlichen Entwicklung konnten wir zahlreiche Erfolge verbuchen. Ein herausragendes jüngstes Beispiel ist die Einwerbung eines Sonderforschungsbereichs, kurz SFB, in der Migrationsforschung, mithin dem einzigen gesellschaftswissenschaftlichen SFB in ganz Niedersachsen. Dafür fließen durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft rund 8,3 Millionen Euro an unsere Universität. Und es ist nur ein Beispiel von vielen, die deutlich machen, dass ein Denken über die traditionellen wissenschaftlichen Fächergrenzen hinweg bei der Lösung komplexer Probleme zunehmend wichtiger wird. Und natürlich ist die DFG-Förderung eines Sonderforschungsbereichs auch der Ritterschlag für die Qualität der Forschung, die hier seit Jahrzehnten betrieben wird.

Was die Lehre betrifft, stellen wir uns der wichtigen Aufgabe, unsere Studienprogramme stetig weiterzuentwickeln. Neben zahlreichen innovativen Formaten, die unsere Lehrenden gemeinsam mit den Studierenden konzipieren, hat das hochschuldidaktische Konzept des „Forschenden Lernens“, also der Möglichkeit, dass unsere Studierenden bereits während des Studiums am wissenschaftlichen Forschungsprozess aktiv teilnehmen, große Bedeutung für uns.

Und auch in Bezug auf unsere rund 1.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind wir aktiv. Im Mittelpunkt steht dabei für uns der Ansatz, ihnen aktive Weiterentwicklungsmöglichkeiten sowohl auf fachlicher als auch persönlicher Ebene zu ermöglichen. Dies ist nicht allein in Zeiten des viel diskutierten Fachkräftemangels für uns unabdingbar. Meinem Verständnis nach verhilft ein wertschätzender, motivierender und individuelle Stärken fördernder Umgang auch zu einem beruflichen Umfeld, in dem gerne Leistungen erbracht werden.

Mit einer Verpflichtungserklärung haben im Jahr 2020 die Länder den Zukunftsvertrag Studium und Lehre beschlossen. Es sollen von 2021 bis 2027 den Hochschulen mehr Mittel zur Finanzierung von Studium und Lehre zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Zukunftsvertrag sollen 10 % der Mittel zur Verbesserung der Qualität von Studium eingesetzt werden. Wie ist die Situation an der Universität und werden die genannten 10 % der Mittel auch für die Entfristung von Verträgen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen eingesetzt?

Wir haben an unserer Universität bereits vor Jahren vielfältige Initiativen gestartet, um innovative hochschuldidaktische Lehrformate zu entwickeln. Eines dieser Projekte ist unser Programm „Lehr-Zeit“, in dessen Rahmen jedes Jahr Lehrende gemeinsam mit Studierenden neue Lehrideen entwickeln und umsetzen. Im Vordergrund dabei stehen neben Wissenschaftlichkeit, Interdisziplinarität, Profilbildung auch die Persönlichkeitsbildung. Was die Entfristung von Verträgen wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeht, unternehmen wir alles, um hier zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen. Daher gibt es bei uns die Möglichkeit, die Stellen bei einer guten Auslastung der Studiengänge auch dauerhaft zu besetzen.

Für die studentischen Hilfskräfte gibt es nur in Berlin einen Tarifvertrag. Gibt es an der Universität einheitliche Regelungen für die Beschäftigung der studentischen Mitarbeiter*innen bzgl. der Entlohnung, der Arbeitsbedingungen und der Zeiterfassung?

Ja, die gibt es, und dies ist für uns auch selbstverständlich! Selbstverständlich werden unsere Hilfskräfte darüber hinaus über die Regelungen ihren Urlaubsanspruch betreffend und ihre Rechte und Pflichten im Krankheitsfall aufgeklärt.

Im letzten Jahr erfolgte eine organisatorische Veränderung, u.a. wurde das Zentrum für Lehrerbildung zu einer Stabsstelle umgewidmet. Welche Bedeutung hat die Lehramtsausbildung für die Entwicklung

GEW

**Die erste Adresse,
wenn es um Bildung geht.**

der Universität, die 1974 aus der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen entstanden ist?

Die Lehramtsausbildung bildet für unsere Universität einen wichtigen Baustein. Dies lässt sich natürlich aus der Historie ableiten, wie Sie zu Recht anführen. Heute ist es aber vor allem die von mir ja bereits angesprochene enge Verknüpfung von Forschung und Lehre, die unserer Lehramtsausbildung über alle Schulformen hinweg eine moderne Ausprägung gibt. Dabei geht es auch um einen starken Praxisbezug, den wir unseren Lehramtsstudierenden bieten, denn moderne Unterrichtsformen lassen sich nun einmal nicht in der Theorie erfahren und erlernen. Ein enges Netzwerk mit zahlreichen regionalen Schulen sorgt hier für den notwendigen engen Austausch zwischen theoretischen Ansätzen und praktischen Erfahrungen aus dem Schulalltag. Glauben Sie mir, als Professorin für Biologiedidaktik ist mir dies auch persönlich ein besonders wichtiger Bezugspunkt.

Die Universität hat ein umfangreiches Konzept zur Nachhaltigkeit entwickelt. Besteht dazu auch eine kontinuierliche Evaluation? Gibt es auch eine Zusammenarbeit hinsichtlich der Nachhaltigkeit mit der Stadt sowie städtischen Initiativgruppen?

Als öffentliche Einrichtung stellt sich unsere Universität in ihrer Gesamtheit mit zahlreichen Initiativen diesem Thema und entwickelt ihr Nachhaltigkeitskonzept kontinuierlich weiter. Ich bin schon ein bisschen stolz darauf, Präsidentin einer Universität zu sein, die als erste deutschlandweit bereits 1997 Umweltleitlinien verabschiedet hat, welche dem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung folgen. Und ich glaube, dass wir auch eine der ersten Hochschulen waren, die schon zu Beginn des Jahrhunderts eine Umweltkoordinatorin eingestellt hat. Die von ihr und ihrem Team angeregten und umgesetzten Initiativen, wie beispielsweise das Einsparen von Rohstoffen und Energie werden von uns alle heute als selbstverständlich angesehen und bilden nun nur einen kleinen Teil der Bemühungen um eine nachhaltige Ausrichtung unserer Hochschule. Zugegeben, dies war ein Prozess, der zu Beginn vielleicht nicht immer auf das Verständnis aller gestoßen ist, jedoch in zunehmendem Maße zu einer starken Sensibilisierung und Verantwortungsbereitschaft der Mitglieder der Universität geführt hat. Und wie gesagt, da sehe ich die Universität als Ganzes, die natürlich auch mit der Stadt, der Region und regionalen Initiativen eng vernetzt agiert.

Liebe Frau Professorin Menzel-Riedl, vielen Dank für das Gespräch.



27.11.2023

„Die Klimakrise in der Stadt ist auch ein Gerechtigkeitsproblem“

Der Wissenschaftler Felix Creutzig forscht über Klimaschutz und Klimaanpassung in Städten. Im Interview erläutert er, warum der Klimawandel ein Gerechtigkeitsproblem darstellt und was passieren muss, damit urbanes Leben weiterhin möglich ist.

12.10.2023

Das Manifest Guter Arbeit

Das Institut für die Geschichte und Zukunft der Arbeit hat eine sieben-bändige Matrix der Arbeit veröffentlicht. Unser Autor Peter Kern hat das Gesamtwerk gelesen. Sein Resümee: Ein Manifest auf 4000 Seiten.

27.09.2023

Aufkaufen, ausbeuten, weiterziehen: Wie Finanzinvestoren die Pflege ausschlachten

*Finanzinvestor*innen haben Pflegeeinrichtungen ins Visier genommen. Sie kaufen etwa Pflegeheime auf und erhöhen den Druck, Rendite zu erzielen. Die Immobilien werden ausgegliedert und fortan teuer vermietet. Aurora Li und Jorim Gerrard skizzieren das Vorgehen der Private-Equity-Firmen.*

<https://gegenblende.dgb.de>

Termine

Mittwoch, 3. April 2024 – 19:30 bis 21:00 h
Jahreshauptversammlung 2023 mit Wahlversammlung
 VHS, Bergstraße 8 – 49076 Osnabrück – Vortragssaal

September 2024 – Jubilarehrung – Die Einladungen werden zeitnah verschickt
 Best Western Hotel Hohenzollern
 Theodor-Heuss-Platz 5 – 49074 Osnabrück

...in der Planung für Herbst 2024
 Reise nach Greifswald – Besuch der Patenstadt von Osnabrück

Bürgerfest
Sonntag, 27. August 2023 – 13:00 h bis 21:30 h
Malaktion: ZukunftBILDen



Fest der Kulturen
Sonntag, 17. September 2023 – 13:00 h bis 19:00 h
Malaktion: ZukunftBILDen



Informationen aus dem Landesverband Niedersachsen

08.12.2023

**GEW-Statement zum SWK-Gutachten
Brandbrief an Bund und Länder**

Der GEW-Landesvorsitzende Stefan Störmer in Bezug auf das neue Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftebildung:

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Niedersachsen sieht in dem neuen Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftebildung zahlreiche effiziente Empfehlungen, die Bund und Länder auffordern, umgehend zu handeln. „Vor dem Hintergrund des massiven Lehrkräftemangels und der Tatsache, dass sehr viele junge Menschen die Ausbildung zur Lehrkraft abbrechen, muss hier dringend etwas passieren. Das Gutachten der SWK ist ein Brandbrief an Bund und Länder. Es ist begrüßenswert, dass die Kommission die GEW-Forderung nach einer zeitnahen Reform der Ausbildung von Lehrer*innen unterstützt. Hierzu gehören allerdings nicht nur die Steuerung des Angebots, um die Ausschöpfung der Studienplätze zu optimieren, sondern vielmehr muss die Verknüpfung von Theorie und Praxis verbessert werden. Ebenso bedarf es kontinuierlicher Begleitung sowohl in den Praxisphasen des Studiums, als auch in der sich anschließenden Einführungsphase in Form von Coaching,“ erläutert Störmer.

06.11.2023

GEW Niedersachsen zu einem Jahr Rot-Grün in Niedersachsen

„Es ist ein historischer Erfolg für die GEW, dass die Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und Realschulen ab August 2024 endlich die überfällige Angleichung ihrer Gehälter an die der anderen Schulformen bekommen. Es war eine längst überfällige Maßnahme, um die Attraktivität des Schuldienstes zu erhöhen. Bei der Umsetzung müssen wir noch genau hinschauen, aber zunächst sind wir mit diesem Schritt der Landesregierung zufrieden. Dennoch fehlen Verbesserungen zum Beispiel in der schulischen Sozialarbeit, bei den Fachpraxislehrkräften und für therapeutische Fachkräfte, die wir nun einfordern werden.“

Die Schulsozialarbeit ist dringend weiter auszubauen, befristete Stellen sind umgehend zu verstetigen. Die Fachpraxislehrkräfte brauchen einen echten Zuwachs ihrer Einkommen, nicht nur formell eine höhere Besoldungsgruppe. Die Zwangsteilzeit von pädagogischen und therapeutischen Fachkräften an Förderschulen muss endlich vollständig beendet werden. Noch immer verdient die letztere Berufsgruppe zudem im Vergleich deutlich weniger, was die Landesregierung nun schnellstens anpacken muss. Und im Bereich der Erwachsenenbildung müssen die Mittel vor allem für die Demokratiebildung aufgestockt und verstetigt werden....“

<https://www.gew-nds.de/presse>


LabourNet Germany

Fast schon zu spät... Warum der Kampf gegen rechts in den Reihen des DGB jetzt beginnen muss. Artikel von Toni Richter im Dossier: „Zuspruch der Arbeiter für die AfD unterschätzt“ – der DGB will dagegen v.a. die Politik in die Pflicht nehmen für soziale Sicherheit und Mitbestimmung...

<https://www.labournet.de/>



14.12.2023

„Enttäuschendes Urteil – Beamtenrecht demokratisch fortentwickeln“

Bildungsgewerkschaft zum Urteil des EGMR zum Streikrecht für verbeamtete Lehrkräfte

Berlin/Straßburg – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist von dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) zum Streikrecht für verbeamtete Lehrkräfte enttäuscht. „Damit ist der Rechtsweg ausgeschöpft. Das Urteil betont die Bedeutung des Streikrechts insgesamt als Teil der Koalitionsfreiheit und des gewerkschaftlichen Engagements, macht aber für verbeamtete Lehrkräfte in Deutschland eine Ausnahme. Natürlich akzeptieren wir das Urteil der Straßburger Richterinnen und Richter, obwohl wir uns eine andere Entscheidung gewünscht hätten – und nach der bisherigen Rechtsprechung des EGMR auch erwartet hatten“, stellte GEW-Vorsitzende Maike Finnern am Donnerstag während einer Pressekonferenz in Berlin fest. Der EGMR habe das Streikverbot für verbeamtete Lehrkräfte in Deutschland in letzter Konsequenz als für mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) als vereinbar bewertet.

„Das Urteil und das Minderheitenvotum geben Hinweise, das Beamtenrecht in Deutschland fortzuentwickeln. Die Richterinnen und Richter betonen die Bedeutung der Beteiligungsrechte als Kompensation für das fehlende Streikrecht. Hier müssen wir ansetzen und diese Rechte stärken“, betonte Finnern. „Die Begründung des EGMR-Urteils enthält auch eine Aufforderung an Bund und Länder, sich mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes an einen Tisch zu setzen und über eine demokratische Fortentwicklung zu einem zeitgemäßen Beamtenrecht in Deutschland zu sprechen. Bis heute sind die Beamtinnen und Beamten vom Wohlwollen der Arbeitgeber abhängig: Der Dienstherr verordnet, wie lange gearbeitet wird, er entscheidet über die Einkommen, Erhöhung oder Kürzung der Bezahlung und die Arbeitsbedingungen. Es gibt viel zu tun.“

05.12.2023

„PISA-Ergebnisse spiegeln Lehr- und Fachkräftemangel wider“

Bildungsgewerkschaft zur internationalen Schulleistungsstudie PISA 2022

„Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat – als Reaktion auf die erste PISA-Studie in 2001 – den Fokus zu sehr auf das Thema ‚Qualitätsentwicklung und Standardisierung‘ gelegt und viel zu wenig auf andere Handlungsfelder wie die Sprach- und Leseförderung, die wirksame Unterstützung benachteiligter Kinder und die Ganztagsschulentwicklung gesetzt“, erläuterte die GEW-Schulexpertin.

„Anstatt immer wieder die Alarmglocken neu zu läuten und das ‚Scheitern‘ von Schülerinnen und Schülern zu beklagen, müssen wir die Fehler im System analysieren – und beheben“, betonte Bensinger-Stolze. Mit Blick auf die frühe Selektion, die sozial ungerechte Finanzierung des Schulsystems und den eklatanten Personalmangel unterstrich sie: „Der ‚Output‘ wird nicht besser, wenn der ‚Input‘ nicht stimmt. Die Schülerleistungen werden sich nie in der Breite verbessern, wenn wir die Kinder weiterhin so früh auf hierarchische Schulformen aufteilen. Es ist ein Fehler zuzulassen, dass sich soziale und personelle Probleme in bestimmten Schulen stark konzentrieren. Wer hier zu wenig unternimmt oder gar spart, muss sich nicht wundern, dass so viele Schülerinnen und Schüler durchs Netz fallen und später Fachkräfte fehlen“, sagte die GEW-Expertin. Das Startchancenprogramm der Bundesregierung sei nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“, wenn es nicht verstetigt und Teil des Systems werde....

<https://www.gew.de/presse>

13.12.2023

Aktuelle Ausbildungszahlen

Von Normalität auf dem Ausbildungsmarkt noch keine Spur



Zur Ausbildungsmarktbilanz, die das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) heute für das Jahr 2023 vorgelegt hat, sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack am Mittwoch in Berlin:

„Die Corona-Delle auf dem Ausbildungsmarkt ist noch immer nicht ausgeglichen, darüber kann auch der Anstieg der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 3 Prozent nicht hinwegtäuschen. Es fehlen circa 35.000 Ausbildungsplätze, um das Niveau von 2019 wieder zu erreichen.

Von allen ausbildungsinteressierten Jugendlichen schaffen es nur 68,9 Prozent in die Ausbildung. Klar ist: Wir brauchen mehr betriebliche Ausbildungsplätze und Verbesserungen am Übergang zwischen Schule und Beruf. Dazu gehören eine verlässliche, individuelle Berufsorientierung und starke Jugendberufsagenturen.

Der Ausbildungsmarkt weist nach wie vor regional sehr unterschiedliche Bedingungen auf. Schlechtere Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben insbesondere junge Menschen in Ballungsräumen, ohne Schulabschluss oder mit Migrationshintergrund. Gerade für sie brauchen wir eine Ausbildungs-garantie, von der alle jungen Menschen profitieren, die auf dem Ausbildungsmarkt leer ausgehen. Schon heute ist klar, dass es den gesetzlichen Anspruch auf eine außerbetriebliche Ausbildung in weniger Regionen als nötig geben wird, weil die dafür notwendige Feststellung einer Unterversorgung zu restriktiv gehandhabt wird.“

Hintergrund zur Ausbildungs-garantie

Die Ausbildungs-garantie gilt ab dem 1. April 2024. Ihr gesetzlicher Anspruch auf eine außerbetriebliche Ausbildung gilt jedoch nur in Regionen, für die die regionalen Arbeitsagenturen übereinstimmend mit den Sozialpartnern eine Unterversorgung mit Ausbildungsplätzen anerkannt haben.

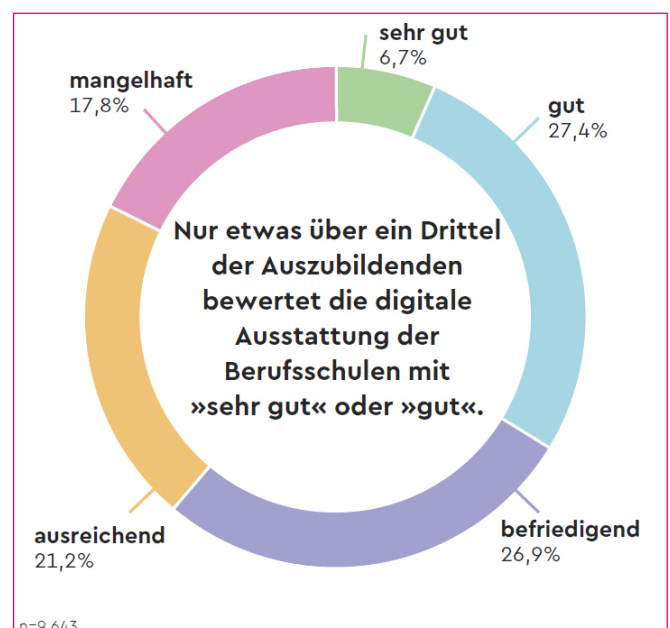
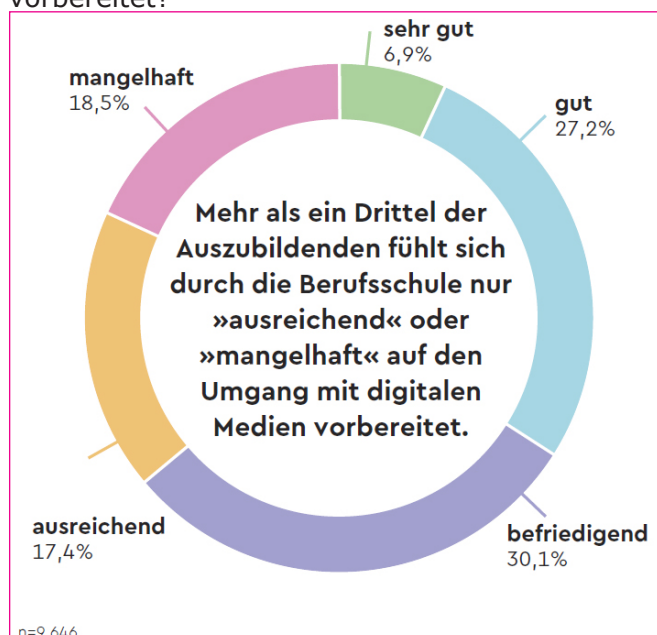
<https://www.dgb.de/presse>

DGB: Ausbildungsreport Digitalisierung der Ausbildung in der Berufsschule

<https://jugend.dgb.de/ausbildung/ausbildungsreport>

Wie gut wirst du an deiner Berufsschule auf den Umgang mit digitalen Medien und Technologien vorbereitet?

Wie beurteilst du die digitale Ausstattung an deiner Berufsschule?



Mitstreiterinnen und Mitstreiter gesucht!



Die GEW ist eine Mitmachgewerkschaft. Die tägliche Arbeit als Interessenvertretung in den Personalräten und gegenüber der Politik und anderen Verbänden kann für alle Kolleginnen und Kollegen nur dann wirkungsvoll geleistet werden, wenn wir auch personell eine starke Gewerkschaft sind. Es ist deshalb im Interesse aller Beschäftigten im Bildungsbereich wichtig, dass wir neue Mitglieder werben und sich viele Mitglieder an der ehrenamtlichen Arbeit in unserem Kreisvorstand der GEW vor Ort aktiv beteiligen.

Deshalb unsere Bitte: Werdet aktiv! Interessierte Kolleginnen und Kollegen melden sich bitte telefonisch: 0541/259620 oder per Mail: gew-osnabrueck@t-online.de

Wer noch schneller informiert werden möchte, schicke bitte eine Mail an folgende Adresse: gew-osnabrueck@t-online.de

Wir nehmen die Adresse dann in unseren Mailverteiler auf!

Die Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt und auf Wunsch auch wieder gelöscht!

Themen:



- **Carina Frey: „Die Schulverpflegung ist ein Hebel zur Ernährungswende“**
- **Gerd Grözinger: Die Ampel, der Haushalt und die soziale Schieflage**
- **Oliver Picek: Warum nicht Banken zur Kasse bitten?**
- **Sigrun Rehm: Wie Schmerz zur Ressource werden kann**
- **Wolfgang Streeck: Der Elefant im Raum**

<https://makroskop.eu>
 Kritische Analysen zu Politik und Wirtschaft
 Herausgeber: Heiner Flassbeck & Paul Steinhardt

Georg-Friedrich-Knapp-Gesellschaft für Politische Ökonomie e.V.

Man darf MAKROSKOP mit einer – steuerlich absetzbaren – Spende unterstützen!

Unsere Jubilarinnen und Jubilare im zweiten Halbjahr 2023

50 Jahre

Beatrix Bausch
 Dr. Joachim Finck
 Renate Kallweit-Hallier
 Danielle Thor

40 Jahre

Hildegard Grewe

25 Jahre

Femy Funke
 Martin Koop
 Dr. Andrea Palermo
 Holger Westphal
 Alexandra Weth

Wir bedanken uns bei allen Jubilarinnen und Jubilaren für die langjährige Treue und Unterstützung. Eine Gewerkschaft kann nur dann erfolgreich wirken, wenn sie stark ist und treue Mitglieder hat.

Bundesweiter Bildungsprotesttag am 23. September 2023



(AM) Der Stadtelternrat Osnabrück schließt sich dem bundesweiten Bildungsprotesttag an und ruft zum Treffen am 23.09. um 11 Uhr auf dem Theatervorplatz in Osnabrück auf. Geplant ist eine kurze Demonstration über den Nikolaiort, durch die Krahnstraße bis zum Rathausplatz. Über die Gründe hat OS-Radio 104,8 Moderatorin Verena Morris gesprochen mit der Vorsitzenden des Stadtelternrats Nicole Schnorrenberg, ihrem Stellvertreter Willi Vennemann und Birgit Ostendorf von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Hier geht es zur Sendung: <https://www.osradio.de/2023/09/14/am-23-september-ist-bundesweiter-bildungsprotesttag/>



Abschlussmeeting Bildungsprotesttag auf dem Rathausplatz

Foto: privat

GEW KV OS-Stadt – August-Bebel-Platz 1 – 49074 Osnabrück

Verteiler:

Mitglieder des GEW Kreisverbandes
Osnabrück-Stadt

Osnabrück, den 8. Januar 2024

Jahreshauptversammlung 2023 mit Wahlversammlung
Mittwoch, 3. April 2024 – 19:30 bis 21:00 h – VHS, Bergstraße 8 – 49076 Osnabrück – Vortragssaal

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

beigefügt erhältst Du das Wahlausschreiben für die o.g. Jahreshauptversammlung.

Bis zum **19. Februar 2024** können

Anträge und Wahlvorschläge

eingereicht werden.

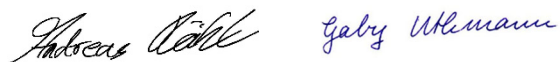
1

Die GEW ist eine Mitmachgewerkschaft. Die tägliche Arbeit im Kreisvorstand gegenüber der Politik und anderen Verbänden kann für alle Kolleginnen und Kollegen nur dann wirkungsvoll geleistet werden, wenn wir auch personell eine starke Gewerkschaft sind.

Es ist deshalb im Interesse aller Beschäftigten im Bildungsbereich wichtig, dass sich viele Mitglieder an der ehrenamtlichen Arbeit in unserem Kreisvorstand der GEW vor Ort aktiv beteiligen. Hast Du selbst ein Interesse an der Mitarbeit im Kreisvorstand? Dann melde Dich bitte per Mail bei uns. Bitte sprich auch Deine Kolleginnen und Kollegen an, ob sie Interesse an einer Mitarbeit haben.

Bitte teile uns Anträge und mögliche Kandidat*innen per Mail mit: gew-osnabrueck@t-online.de

Mit **gewerkschaftlichen** Grüßen



Andreas Röhl/Gaby Uthmann
Kreisverband Osnabrück Stadt

Anlage

Anlage: Wahlausschreiben und Auszug aus der Satzung

WAHLAUSSCHREIBEN

Für den Kreisverband Osnabrück-Stadt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sind folgende Vorstandsämter zu besetzen:

Gem. § 8 der **Satzung** sind die in der linken Spalte aufgeführten Mandat zu besetzen. Der Kreisvorstand hat zusätzlich die in der rechten Spalte aufgeführten Arbeitskreise eingerichtet. Für alle Arbeitskreise sind ebenfalls Mandate neu zu besetzen.

Während der Wahlversammlung können für alle Ämter zusätzliche Kolleg*innen gewählt werden (Vorstandsteams).«Absender»

1. Vorsitz	6. Arbeitskreise
2. Beschäftigte/Personalvertretung	AK Hören - Sehen – Kommunikation
3. Öffentlichkeitsarbeit	AK Gesamtschulen
4. Mitglieder-/Obleutebetreuung	AK Gesundheit in der Schule
5. Weitere Fachgruppen, Referate und Ausschüsse gemäß Bezirks-/Landesgliederung	AK Haupt-/Real-/Oberschulen
	AK Senioren

1. Die Wahl wird während der Wahlversammlung auf der Jahreshauptversammlung am **3. April 2024** durchgeführt.
2. Alle Wahlberechtigten können dem Wahlausschuss **bis spätestens 15. Januar 2024** Kandidaten u. Kandidatinnen für die angegebenen Ämter benennen (schriftlich und formlos). Eine schriftliche Einverständniserklärung ist beizufügen. Das passive Wahlrecht setzt eine mindestens **sechsmontige Mitgliedschaft** voraus.
3. Die Wahlvorschläge sind an den Wahlausschuss zu richten. Weitere Kandidatinnen und Kandidaten können auf der Wahlversammlung benannt werden. Sie werden in die Kandidat*innenliste aufgenommen, wenn 10% der anwesenden Wahlberechtigten zustimmen und die Einverständniserklärungen vorliegen.
4. Das Wählerverzeichnis liegt bis zum **11. März 2024** im GEW-Büro zu den bekannten Sprechstunden aus.
5. Die Wahlversammlung einschließlich der Vorstellung der Kandidat*innen findet während der **Jahreshauptversammlung** statt.

Für den Wahlausschuss:

Detmar Müller / Heidrun Achler

GEW KV OS-Stadt, August-Bebel-Platz 1, 49074 Osnabrück, Tel. 259620, Fax 260827

GEW-Satzung (Auszug)

§ 5 Der Vorstand

(3) Die Wahl der Mitglieder erfolgt auf einer Wahlversammlung in Verbindung mit einer JHV für die Dauer von zwei Jahren. Eine Wiederwahl ist möglich. In jeder JHV kann für die Besetzung unbesetzter Ämter eine Wahl durchgeführt werden. Die JHV kann in begründeten Fällen vorfristig ein Mitglied des Vorstandes abwählen.

(4) Aufgabenbereiche

1) Vorsitz

2) Kassenführung

3) Beschäftigte/Personalvertretung

4) Bildung/Reformen/Zukunft

5) Mitglieder/Obleutebetreuung

6) Schulträger/Verbände

7) Öffentlichkeitsarbeit

8) Frauen

9) Weitere Fachgruppen

Nicaraguareise 7.3. – 2.6.2023

Dritte Welt Verein Osnabrück e.V.

Joachim Hensel

Reise und Empfang

Als ich meine diesjährige Reise zu unserem Schulprojekt in Esteli vorbereitete, hatte ich ein gutes Gefühl. Ich hatte problemlos die Spendensumme überwiesen, notgedrungen in zwei Teilsummen. Die durch die Pandemie verursachten zusätzlichen Tests waren entfallen. Gesundheitlich war ich weitgehend in Ordnung. Es wäre schön gewesen, hätte ich nun einfach losfliegen können. Wie jedes Jahr musste ich jedoch zuvor noch für die nicaraguanschen Behörden einen umfangreichen Fragenkatalog zu Flugdetails, Reisezweck und persönlichen Daten abarbeiten. Neu war nun aber, dass ich zwingend eine Einladung organisieren musste, mit Namen, Anschrift, Pass- und Telefonnummer. Damit hatte ich zwar keine Mühe, doch hatte ich vorher schon das Hotel angeben müssen, in dem ich stets übernachtete. Merkwürdig! Offensichtlich ist jede aus dem Ausland kommende Person grundsätzlich erst einmal verdächtig und wird erhöhter Kontrolle unterzogen. Mithin hätte ich ohne Einladung nicht einreisen können. Ähnliche Fragen bezogen sich auf eventuelle Verbindungen zu einer Organisation. Das AA weist darauf hin, dass es Fälle gab, in denen Einreisenden an der Grenze Ferngläser abgenommen wurden. Ich hörte das gleiche von Fotoapparaten.



Mein Besuch galt dem Schulverbund *Jesus el buen maestro*, bestehend aus Primarschule inklusive Vorschule und Sekundarschule. An der Primaria wurde ich ohne großes Aufhebens empfangen. Es war, als wäre ich nur ein paar Tage nicht dagewesen. Brenda, die stellvertretende Leiterin und verantwortlich für Schulkonto und Organisatorisches, insofern meine wichtigste Ansprechpartnerin, hieß mich willkommen. Die Kolleginnen und Schüler freuten sich, mich wiederzusehen. Zur Secundaria unter der Leitung der Kollegin Ermelinda bekam ich erst am Samstag und Sonntag Kontakt, da dieser Schulzweig die Räume nur am Wochenende nutzt.

Arbeit mit den Schülern

Auch dieses Jahr hatte ich für eine 5.Klasse Briefe von Schülern der Kollegin Jessica Kreitz vom Eichendorff-Gymnasium in Koblenz, Partnerschule der Primaria, mitnehmen können. Über die Jahre hat sich so ein guter Schülerkontakt entwickelt. Das Gymnasium beschränkt sich dankenswerterweise nicht nur auf den Briefaustausch, sondern überweist unserem Verein jedes Jahr auch eine ansehnliche Summe. Natürlich wurden die Briefe



mit großer Begeisterung aufgenommen. Sofort machte ich mich daran, mit den Schülern Antworten zu schreiben. Das war für mich nicht ganz einfach, da ich auf Grund einer Augenkrankheit nicht mehr so gut sehen konnte. Die Klassenlehrerin der Schülergruppe half mir jedoch beim Korrigieren der Briefe. Übersetzen konnte ich sie dann in Ruhe zuhause in Deutschland. Doch fragten mich bereits in Esteli Schüler ungeduldig nach Antworten, was leider so schnell nicht möglich war.



Auf Grund der relativ geringen mir zur Verfügung stehenden Spendensumme konnte ich zwar am Ende wie gewohnt jedem Schüler ein Paket mit Schreibutensilien und Heften überreichen, nicht aber den Lehrkräften der Vorschule sowie der 1. und 2.Klassen wie noch 2022 mit Verbrauchsmaterial helfen. So blieb es nur bei einigen in Deutschland gespendeten Kugelschreibern für alle Kolleginnen.

Einen großen Teil der Zeit in der Schule, unterbrochen durch die 14tägigen Osterferien, verbrachte ich in den Klassen, half, so gut es wegen meiner eingeschränkten Sicht noch ging, einzelnen Schülern, übernahm in Mathematik kleine Unterrichtssequenzen und fertigte dazu passende Unterrichtsmittel an. Natürlich brauchten auch die Ermittlung und der Vergleich der Preise für die zu kaufenden Schülermaterialien sowie Transport und Verteilung dieses Materials ihre Zeit.



Verwendung unserer gespendeten Gelder

Aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden 2022 war es möglich gewesen, im April/März d.J. insgesamt 4.600 \$ zu überweisen. Die Primaria gab vom September 2022 bis Mai 2023 für folgende Zwecke Geld davon aus:

30,1%	dicke Hefte, Kugelschreiber bzw. Bleistifte, Radiergummi, und Anspitzer für jeden der 512 Schüler
27,5%	für 6 gebrauchte Computer, Ersatzteile, Installation des Internets und Internetgebühren
24,7%	Reparatur von Schaukeln, Türen, Stühlen, Wasserleitungen, Toiletten und Elektroinstallationen
17,4%	für Lebensmittel, Brennholz und Reinigungsmittel
0,3%	Material für Direktion und Lehrerinnen

Probleme in der Schule

Die bei meiner Abreise 2022 noch vorhandenen Gelder waren schon längst aufgebraucht gewesen. So war es gut, sofort mit liegengebliebenen Reparaturen und einer besseren Schulspeisung beginnen zu können. Aus ausländischen Hilfslieferungen bekommen die Schulen alle zwei Monate Reis, Bohnen, Öl sowie Cereales und Zucker für Getränke zugeteilt. Für ein reichhaltigeres Essen müssen sie z.B. Fleisch, Gewürze, Milch, Gemüse und Obst hinzukaufen. Dazu passt die Information, dass die auf dem Schulgelände stehenden Mangobäume den Schülern kostenlos Vitamine liefern.

Bei meiner Ankunft war die Schulspeisung recht störanfällig organisiert. Die Grundschule bemühte sich, den Kindern täglich 'Gallo pinto', das nicaraguanischen Standardessen, bestehend aus Bohnen und Reis, anzubieten. Je ein/eine Schüler/in je Klasse bekam i.d.R. Reis, Bohnen und Öl am Tag zuvor mit nachhause. Ein Familienmitglied sollte am nächsten Morgen die Speise anfertigen und zur Klasse bringen. Leider kam aber morgens in vielen Klassen kein Essen an. Ich weiß nicht, warum. Fehlte dazu die Bereitschaft der Mütter, weil jeder im Viertel sehen konnte, dass vor neuen Zuteilungen die Schulleitung den Kolleginnen die aus den vorherigen Lieferungen übrig gebliebenen Lebensmittel zuteilte und in Beuteln mit nachhause nehmen ließ? Allerdings wird das auch an anderen Schulen so praktiziert. Könnte man nicht wenigstens einen Teil der Restbestände an besonders bedürftige Erziehungsberechtigte verteilen? Lagen Krankheitsfälle vor, fehlte zuhause die Zeit zum Kochen, war die Not in den Familien so groß, dass die mitgegebenen Lebensmittel schon da verbraucht wurden? Hinzu kommt, dass die Eltern wissen, dass in der Schule eine Küche existiert, sie war jedoch bei meiner Ankunft nicht funktionsfähig. Doch warum war sie nicht vorrangig mit schuleigenen Geldeinnahmen repariert worden? Auch dass alle Erziehungsberechtigten regelmäßig für den Kauf ergänzender Lebensmittel und die Zubereitung der Speisen um Beiträge gebeten wurden, mag dazu beigetragen haben. Auch für andere Erfordernisse müssen die Eltern nicht geringe Summen zahlen. Ein Teil von ihnen musste z.B. für die festliche Verabschiedung ihrer Kinder zum Schuljahresende Geld aufbringen. Im November 2022 waren das 400, im Jahr davor sogar 500 Cordobas (ca. 14 \$) gewesen, ein Vielfaches der für ein Kind dabei wirklich anfallenden Kosten und sehr viel Geld für die meisten

Erziehenden in diesem Barrio. Erklären muss man in dem Zusammenhang allerdings, dass die Schulen über die Gehälter hinaus keinen eignen Etat vom Erziehungsministerium bekommen. So müssen die Schulleitungen trotz staatlich versprochener Schulgeldfreiheit versuchen, fantasievoll Geld für viele anfallende Erfordernisse selbst zu requirieren. Seit Jahren lässt sich die Schule beispielsweise von Personen, die in den Pausen Eis und kleine Speisen verkaufen, etwas bezahlen. Die bis 2019 noch für beide Schulzweige verantwortliche Schulleiterin Ermelinda hatte mich über alle schuleigenen Einnahmen und Ausgaben stets gut informiert. Die seit 2019 neue Schulleitung der Primaria verweigert mir dazu Informationen oder gibt mir falsche Zahlen, wie Nachfragen bei betroffenen Schülern und Eltern ergaben.

Eine weitere Schwierigkeit bestand darin, eine Köchin zu finden. War es vor Jahren nach dem Bau der Küche noch möglich, dafür kostenlos helfende Frauen zu gewinnen, verlangen diese jetzt eine gewisse Bezahlung. Als Gewerkschafter versteht man das. Immerhin aber kann eine Köchin alle übriggebliebenen Speisen mitnehmen bzw. für ihre Familie verwenden. So muss die Schulleitung auch hier versuchen, Geld zu bekommen, um mit kleinen Anerkennungsbeiträgen solche Frauen bezahlen zu können. Kurz vor Ende meines Aufenthalts





fand die Schule eine Frau, und es konnte in der reparierten Küche wieder Essen zubereitet werden. Seit 2020 war es mein Anliegen, den Fachunterricht in den von uns errichteten und ausgestatteten Räumen mit Computern und Nähmaschinen sowie im Handarbeitsraum wieder in Gang zu bringen. Jedes Jahr zu sagen, dafür haben wir nicht die nötigen Lehrerstunden, trifft nur einen Teil des Problems. Ich meine, es liegt vor allem an der mangelnden Bereitschaft der Schulleitung der Primaria, mit der seit 2019 nur noch für die Secundaria zuständigen Kollegin Ermelinda zusammenzuarbeiten. Bezeichnend ist, dass die Primaria die ihr 2021 von einer regierungsnahen Hilfsorganisation zugewiesenen zwei PCs bis dato nicht von Schülern, wohl aber von den Lehrkräften nutzen ließ. Sie wurden auch nicht im PC-Raum, sondern im Handarbeitsraum verwahrt, zu dem mir der Zugang verwehrt wird. Die Schulleiterin wollte mit dem Hinweis, sie seien ja der Primaria geschenkt worden, wohl verhindern, dass diese Geräte wie auch die vorhandenen von der Secundaria benutzt werden. Dabei war es bis 2019 so, dass die Computer selbstverständlich von beiden Zweigen des Schulkomplexes verwendet wurden. Desgleichen hatte die Kollegin Ermelinda immer Personen gefunden, die den PC-Unterricht geben konnten, z.B. Studierende der Universitäten in Esteli. Die Abgrenzung der Primaria ging in diesem Jahr so weit, dass ein

defektes Internetkabel nicht einfach repariert werden konnte, da es durch den Vorratsraum der Primaria führte. So war ich gezwungen, ein separates zweites Kabel zum Computerraum legen zu lassen. Da ich weitere sechs gebrauchte PCs dazugekauft hatte, konnte die Secundaria am Ende sofort mit dem Computerunterricht beginnen. Erfreulich, dass mir Brenda, die stellvertretende Schulleiterin der Primaria, schon bald nach meiner Abreise Fotos von Schülern der Primaria



im Computerraum schickte. Vor kurzem erhielt ich sogar Fotos von im Nähraum arbeitenden Primarschülern. Hoffentlich war das ein Schritt zu einer zukünftig besseren Zusammenarbeit.

Situation in der Stadt und im Land

Von meinem Hotel aus brauchte ich nur etwa acht Minuten bis zur Schule. Bei den dortigen Temperaturen um 30 Grad Gold wert. Der Weg ins Zentrum war ebenfalls recht kurz. Ich sah dort kaum Touristen und nur wenige Personen mit Schutzmasken. In der Schule erlebte ich jedoch noch zweimal Impfteams. Seit 2018 kann man in den Straßen auch keine jungen Leute des Weltwärtsprogramms aus Bielefeld mehr sehen. Das Dritte Welt Haus als Koordinationsstelle in Esteli musste geschlossen werden. Die Fortführung vieler ihrer Schulpatenschaften sowie wichtiger sozialer und ökologischer Projekte ist von der Regierung gestoppt worden. Insgesamt sind bis jetzt in ganz Nicaragua schon mehr als 3.100 Institutionen und NGOs verboten worden.

Wie ich erwartet hatte, ist die Nationalpolizei unübersehbar präsent. Im zentralen Park hält sie seit dem Volksaufstand des Jahres 2018 einen ständigen Posten. Regelmäßig unternehmen Polizisten im Park ihre Kontrollgänge, und in den Straßen patrouillieren ihre Fahrzeuge. Selbst einen



harmlosen Umzug einer Universität mit Musik und Tanzeinlagen begleitet sie mit ihren demonstrativ zur Schau getragenen Langwaffen. Es scheint, Studierende sind ihnen noch immer suspekt, waren doch 2018 in zentralen Park drei rebellierende junge Menschen von Polizisten getötet worden. Die Repression nimmt deutlich zu. Kundgebungen oder gar Demonstrationen sind vollkommen unmöglich geworden. Regimekritische Aufrufe von Menschenrechtsorganisationen, von ehemaligen Weggefährten Daniel Ortigas oder von Künstlern werden mit Verhaftungen, Hausverboten oder Ausbürgerungen bzw. Einreiseverboten bestraft. In der Zeit meines Aufenthalts wurden 222 politische Gefangene des Landes verwiesen. Bischof Alvarez von Matagalpa widersetzte sich dem und wurde daraufhin zu 26 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die katholische Kirche ist in Nicaragua noch die einzige öffentlich wirksame oppositionelle Kraft. Das Regime antwortet mit Überfällen auf Kirchen, Schließung von Sendern, Prozessionsverboten wie z.B. in der Karwoche, Konfiszierung von Immobilien und Geldern sowie der Eliminierung von Hilfsorganisationen wie der Caritas. Die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan wurden auf Eis gelegt. Absurd, dass sogar das nicaraguanische Rote Kreuz wegen angeblicher Geldwäsche und Terrorfinanzierung aufgelöst, enteignet und vom Staat kassiert wurde.

**Spendenkonto:
Dritte Welt Verein Osnabrück e.V.
Sparkasse Osnabrück
IBAN: DE70 2655 0105 1609 4020 76**

Gesprächskreis GEW-Lehrkräfte

Ein erster Versuch, einen zwanglosen Austausch am 15. März 2022 zu initiieren, konnte leider nicht realisiert werden. Corona (Erkrankungen, Quarantäne) hat es verhindert. Interessierte Lehrkräfte können ihr Interesse an einem neuen Termin gerne der GEW-Geschäftsstelle mitteilen. Bei Interesse bitte per Mail anmelden. Danke!

gew-osnabrueck@t-online.de

Bernd Glüsenkamp



ich weiß bescheid
ich bin für #klimaschutz
ich gestalte mit

www.klimalab-os.net



**Klima
LAB.os**

Paul Samuel Weißheim - Klasse 4b
Grundschule am Schölerberg

Bildung neu denken

Die aktuelle Pisa-Studie schreckt wieder einmal viele auf. Doch tatsächlich ist das Interesse der Politik an dem Thema dürftig

Dr. Josef Hanel

Es ist an der Zeit, den Stillstand in der Bildungsdiskussion zu überwinden und neue Wege aufzuzeigen. Unsere Gesellschaft richtet das Bildungssystem zu wenig an den Bedürfnissen der Schüler und deren optimalen Entfaltungschancen aus. In den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts schreckte Georg Picht die Öffentlichkeit auf mit dem Begriff von der deutschen Bildungskatastrophe. Die anhaltenden kritischen Ergebnisse der Schüler*innen in Bildungsstudien der Vor- und auch der Nach-Corona-Zeit muss Anlass sein, erneut über Bildungsgerechtigkeit zu reden, zumal sich die negativen Ergebnisse vor allem bei Kindern der unteren Bildungsschicht nachweisen lassen.

Ist Bildungsgerechtigkeit überhaupt gewollt?

Schultüte und Ranzen sind für alle Erstklässler gleich. Bei den Bildungschancen sieht es allerdings anders aus wie Bildungsstudien fortlaufend belegen: Die soziale Herkunft bestimmt immer noch weitgehend den weiteren Schulweg. Zwar wird von Politikern immer wieder gefordert „kein Kind zurückzulassen“, doch kommt langsam der Verdacht auf, dass dies eine Leerformel ist, weil die Entscheider in Politik und Ministerien kein wirkliches Interesse an mehr Bildungsgerechtigkeit haben. Vielleicht schwingt dabei der Gedanke mit, dass diese zu Lasten der eigenen Kinder und Enkel gehen würde.

Wie soll man sich sonst erklären, dass am Ende des Schuljahres 2022 in NRW die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss auf 11.385 gestiegen ist und diese folglich nicht gleich in den ersten Ausbildungsmarkt gelangen können? Über solche Meldungen in Tageszeitungen geht man einfach hinweg. Wenn man aber weiter denkt, wird man feststellen müssen, dass nicht die Schulabgänger das Problem sind, sondern deren Eltern und der Unterricht.

Worauf es im Bildungsgeschehen ankommen muss

Seit Jahren liegen Ergebnisse von empirischen Bildungsstudien vor, die nicht genügend beachtet werden. Die **McKinsey-Studie** kommt zu dem



Foto: privat

Ergebnis, dass sich die wenigen herausragenden Schulsysteme der Welt auf drei Dinge konzentrieren: Die richtigen Menschen für den Lehrerberuf zu gewinnen und auszuwählen, ständig in die Fortbildung der Lehrkräfte zu investieren, um sie qualifiziert auszubilden und ein Schulsystem zu schaffen, das alle Anstrengungen darauf konzentriert, jedem Kind den bestmöglichen Unterricht in seiner Klasse zu erteilen.

Auch zahlreiche andere Studien, die vom WDR in der Sendung **Planet Wissen** zusammengefasst wurden, kommen zu dem Schluss, dass der Schulerfolg weniger von der Unterrichtsmethode, von der Klassengröße oder von der Ausstattung der Schule abhängt, sondern hauptsächlich von der Persönlichkeit des Lehrers, der Lehrerin. Im Fußballjargon fasst man das Spielgeschehen mit dem Satz zusammen „entscheidend ist auf dem Platz“, im Bildungsgeschehen wäre zu formulieren „entscheidend ist der Unterricht“.

Das Elternhaus trägt entscheidend dazu bei, welche Rolle das Kind im Unterricht einnimmt. Darauf macht **K. ZIERER** neuerdings aufmerksam. Gemeint ist die notwendige Mitarbeit in Kindergarten und Schule. Eltern müssen bereits im Kindergarten darauf hingewiesen werden, dass sie selber den größten Einfluss auf den späteren Schulerfolg ihres Kindes haben. Eltern, die im Vorschulalter ihren Kindern nicht vorlesen oder die Sprachentwicklung vernachlässigen, müssen sich nicht wundern, wenn Leistungen in der Schule ausbleiben. Besonders bildungsfernen Eltern muss klar gemacht werden, notfalls mit finanziellen Einbußen, dass ihr Kind nur dann eine wirkliche Chance auf eine angemessene schulische Entwick-



Der Schulerfolg eines Kindes hängt stark vom Lehrer, der Lehrerin und auch von den Eltern ab.
Foto: PxHere CC0

lung hat, wenn sie an Schule und Kindergarten interessiert bleiben.

PISA-Vorzeigeländer

Wenn wir wie die PISA-Vorzeigeländer Lerndefizite auch als Versagen des Unterrichtes und damit des Systems Schule begreifen, ergeben sich ganz andere Interventionsmöglichkeiten als das Sitzenbleiben. Helfen und unterstützen können verlangt nach pädagogischer Professionalität. In Finnland ist der Lehrerberuf sehr angesehen. Studierende in Helsinki müssen ihre Eignung in einem Assessment-Center unter Beweis stellen, wobei neun von zehn Bewerbern scheitern. Wir sollten in unseren Universitäten ebenfalls genauer hinschauen, wer zum Lehrerberuf geeignet ist, frühzeitig ein Praxissemester einführen und wenig Geeigneten eine Alternative bieten.

In den PISA-Vorzeigeländern setzen sich im Falle des sich andeutenden Schulversagens alle am Kind Beteiligten – also neben der Schulleitung und den Lehrkräften auch Schulpsychologen und Sozialpädagogen und andere – rechtzeitig zu einer kollegialen Beratung zusammen und fragen sich, wie die Lernentwicklung dieses Kindes verbessert werden kann: Was haben wir versäumt? Was hätten wir machen können? Wie können wir dem Schulverlauf eine andere Richtung geben? Die Schule sieht sich ausschließlich in der Verantwortung für die gesamte Lernentwicklung eines Kindes und stellt die notwendigen Ressourcen bereit und zwar **in** der Schule und nicht irgendwo in einem

Nachhilfe- oder außerschulischen Lerninstitut.

Legasthenie und Dyskalkulie

Manche normal begabte Kinder fallen im Unterricht auf, weil sie große Probleme im Lesen, Schreiben und Rechnen haben. Ihnen wird mit den Begriffen Legasthenie und Dyskalkulie eine Teilleistungsschwäche unterstellt, deren Behebung zu einer Aufgabe der Jugendhilfe im § 35a KJHG wird. Wegen einer möglichen drohenden seelischen Behinderung wird ein umfangreicher und sehr teurer Diagnoseprozess eingeleitet, der zu einer Therapie führen kann und zwar nicht in der Schule, sondern in einer außerschulischen Bildungsinstitution im Umfang von 20 Stunden im Halbjahr. Jeder Kostenrechner wird sofort zustimmen, dass eine Diagnose über die Schulpsychologie und die nachfolgende Therapie in der Schule effizienter und kostengünstiger ist als der Umweg über Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Meyerhöfer von der Universität Paderborn weist darauf hin, dass Rechenschwäche oder Dyskalkulie, LRS oder Legasthenie, lediglich theorie-sprachliche Konstrukte sind. Jahrzehnte sei damit verbracht worden, danach zu suchen, was im Kopf dieser Kinder nicht in Ordnung ist. Es sei allerdings nichts Einleuchtendes gefunden worden, denn nicht der Kopf der Kinder sei das Problem, sondern ihr Unterricht. In diesem Zusammenhang ist es wohl in Vergessenheit geraten, dass es **genuine Aufgabe der Schule** ist, allen Schüler/innen

den Erwerb der Grundkompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen zu vermitteln. Fehlen in der Schule die notwendigen Ressourcen, sollten Schulen zertifizierte Lerntherapeuten einstellen dürfen, die dann zusammen mit Schulpsychologie und Schulsozialarbeit ein multiprofessionelles Kollegium bilden wie in den PISA-Vorzeigeländern.

Fiskalische Überlegungen – Gelder umschichten

Lernversagen und Sitzenbleiben werden finanziell zu Kostenträgern, wenn sich die Schullaufbahn eines Kindes deswegen verlängert. Das Statistische Bundesamt macht darauf aufmerksam: „Klassenwiederholungen können die Motivation von Schülerinnen und Schülern positiv aber auch negativ beeinflussen. Ungeachtet dessen führen Klassenwiederholungen zu erheblichen Mehraufwendungen im Bildungsbereich. Die Kosten, die vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung von Klassenwiederholungen verursachen, gelten als wesentlich niedriger als die, die dadurch entstehen, dass Schülerinnen und Schüler ein weiteres Jahr zur Schule gehen.“

An deutschen Schulen haben im Schuljahr 2021/2022 insgesamt 155.800 Jungen und Mädchen eine Klasse wiederholt. Blieben diese ein Jahr länger im Schulsystem, entstehen zusätzliche Kosten. Das Statistische Bundesamt rechnet mit 6.800 EURO für ein Schuljahr. Würde man auf Schuljahreswiederholungen verzichten, ließen sich mit diesem Finanzvolumen ca. 20.000 (!) Stellen Schulpsychologie, Lerntherapie etc. finanzieren. Das würde bedeuten, dass z. B. jede der ca. 16.000 Grundschulen in der BRD mit mehr als einer Therapiestelle ausgestattet werden könnte. Damit würde sich auch die Möglichkeit ergeben, die individuelle Förderung in der Schule und nicht über den § 35a KJHG außerhalb der Schule zu or-

ganisieren. Die Folge wäre ein riesiges Einsparpotential für Ministerien und kommunale Haushalte.

Bildungsgerechtigkeit- Neustart jetzt

Wenn wir Bildungsgerechtigkeit wirklich wollen, sollte der Ganztagsunterricht in Schulen ausgebaut werden, um benachteiligte Schülergruppen besser unterstützen zu können. Dazu gehört auch eine neue Bildungscoalition mit den Eltern. Multiprofessionelle Schulsysteme sind möglich, ohne dass weitere finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden müssen. Bereits im Lehramtsstudium müssen Begriffe wie Legasthenie und Dyskalkulie als Kernthemen behandelt werden und Schulen sollten zur Unterstützung neben Schulpsychologie und Schulsozialarbeit auch qualifizierte Lerntherapeuten in ihr Kollegium integrieren dürfen.

Es wäre wünschenswert, wenn alle in der Schule mit Förderung/Therapie beauftragten Fachkräfte gemäß den Standards des Bundesverbandes für Legasthenie und Dyskalkulie (BVL) fortgebildet wären, so wie es manche qualifizierte Lerntherapeuten außerhalb der Schule bereits sind. Diese leben mit dem Dilemma, morgens untätig in ihrer Praxis zu sitzen und sich am späten Nachmittag Kindern gegenüber zu sehen, die vom Schulvormittag und von der OGS erschöpft und kaum noch aufnahmefähig sind.

Die Schule ist der beste Lernort für Kinder, außerschulische Bildungsinstitute sind es nicht. Die pädagogische Arbeit mit allen, auch mit teilleistungsgestörten Schülerinnen, verlangt nach langjähriger Unterrichtserfahrung und Professionalität. Die Bildungsgerechtigkeit sollte das zentrale Bildungsthema werden. Wer mehr Bildungsgerechtigkeit will, muss nach den Ursachen fragen und die liegen in der Tat im Elementar- und Grundschulbereich und im Elternhaus.

Quellen

McKinsey-Studie zu guten Schulen. In: *Schulmanagement*, 39 (6/2008) S.34-35

Planet Wissen WDR vom 13.01.2020. *Wie sinnvoll sind Schulnoten?*

Prof. Dr. W. Meyerhöfer (Universität Paderborn). *Legasthenie? Dyskalkulie? Nicht der Kopf der Kinder ist das Problem.* In: *LegaKids- Interview vom 05.02.2014*

Prof. Dr. K. Zierer (Universität Augsburg). *Wider die Mythen in der Schulbildung. Aus Sicht der empirischen Bildungsforschung verfehlt die gegenwärtige Debatte das Ziel, da nicht auf der Grundlage von deren Erkenntnissen argumentiert wird.* In: *FAZ vom 20.Juni 2023 Seite 6*

Statistisches Bundesamt. *Schulen auf einen Blick.* www.destatis.de 2016 - Internet PDF-Datei, S.46f

Josef Hanel ist Diplompsychologin und Pädagogin. Bis 2010 war er Leiter des Schulpsychologischen Dienstes der Stadt Detmold, aktuell ist er Vorsitzender des Vereins für Schulpsychologie Detmold.

Dieser Artikel erschien in einer leicht gekürzten Fassung in der FR vom 7.12.2023. Der Abdruck geschieht mit freundlicher Genehmigung der FR und des Autors.



Verdunkelter Abgesang auf 2023 Heiko Schulze

Jahresrückblicke gibt es nach Weihnachten mehr, als Nadeln aus Tannenbäumen rieseln. Diesmal fällt es besonders schwer, dem verflissenen Jahr wirklich Gutes abzugewinnen. Was bleibt uns übrig, als größere Hoffnung auf 2024 zu setzen?

Kriege, Massensterben und das Wiederaufkeimen von Holocaust-Fantasien

Zwölf Monate erdulden wir Tagesnachrichten aus dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Zwölf Monate vergehen ohne jede Option auf einen Verhandlungsfrieden. Zwölf Monate beobachten wir wehrlos eine globale, rundum gigantische Aufrüstung auf allen Seiten, deren Milliardensummen dringend nötige Hilfsgelder für den real existierenden Weltkrieg gegen globalen Hunger und zur Rettung des Weltklimas verhindern. Eine Parallele zum Ukraine-Gemetzel drängt sich gerade Deutschen und Franzosen auf: Der Stellungskrieg bei Verdun währte von 1914 bis 1918, ohne dass sich der Frontverlauf trotz unzähliger Kriegstoter irgendwo nennenswert verschob. Schätzungen zufolge gab es damals bis 540.000 französische und bis 434.000 deutsche Kriegstote. Die Zahl der bislang im Ukraine-Krieg getöteten oder verwundeten Soldaten wird bereits heute auf mehrere Hunderttausend geschätzt. Lernen irgendwelche Akteure eigentlich aus der Geschichte? Manche sagen, es sei irrational, auf einen Waffenstillstand



Foto: privat

zu hoffen. Ist es umgekehrt rationaler, das Massensterben fortzusetzen?

Seit dem 7. Oktober ist die Welt auch in Nahost eine andere. Zum ersten Mal seit den Nazi-Gräueln bis 1945 gab es Massenmorde an Jüdinnen und Juden, allein deshalb, weil sie Jüdinnen und Juden waren. Wehrhaftigkeit und Existenzkampf des israelischen Volkes bleiben darum natürlich mehr als legitim. Nur: Die Netanjahu-Regierung nimmt umgekehrt den Tod einer Vielzahl völlig unschuldiger Kinder und anderer Zivilpersonen in Kauf. Sie begründet dies allein damit, so die Terrororganisation Hamas zerschlagen zu können. In Wahrheit, dies ist sehr zu befürchten – und dazu muss man kein Nahost-Experte sein, droht jene antisemitische Terrororganisation Hamas zukünftig

tig allein durch Netanjahus Kriegsführung stärker als je zuvor zu werden. Ganz abgesehen von der sinkenden Hoffnung, zivile israelische Geiseln zu befreien. Gibt es wirklich keine Alternativen zu einem schnellen Waffenstillstand und zu diplomatischen Initiativen? Wird jetzt auch das Denken auf allen Seiten zerbombt?

Scheue Blicke über den Teich

Hat das alte Jahr wenigstens irgendwo anders international Hoffnung produziert? Man darf verzweifeln! In den USA stampft sich ein Donald Trump über eine Leiter mit Vorstrafen in Präsidentschaftshöhen und droht völlig offen damit, seine demokratische Gegnerschaft zu vernichten. Alles geschieht in einem Staat, der einmal die Welt Demokratie lehren wollte.

Im Süden Amerikas ist seit der geglückten Abwahl des brasilianischen Originals ein zweiter Bolsonaro auferstanden: Seit dem zweiten Wahlgang der argentinischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 19. November ist der Rechtsextremist Javier Milei Präsident, der unter anderem die Gelder für die Ärmsten im Lande mit einer symbolisch hochgehaltenen Kreissäge zerfetzen will. Hier darf auch demokratisch, ökologisch und außenpolitisch Schlimmstes befürchtet werden.

Europa im Modus einer Dauerkrise

Und Europa? Beinahe halbkreisförmig durchziehen mittlerweile Staaten die Osthälfte des Kontinents, in denen Postfaschisten zumindest mitregieren. Führend herrschen sie in Italien, haben dort einmal so nebenbei die Sozialhilfe für die Ärmsten wie das Asylrecht abgeschafft. Über Serbien, Ungarn, Finnland bis hoch oben nach Schweden regieren Rechtsaußen, oft reale Schwesterparteien der AFD, fleißig mit. Selbst in den angeblich liberaltoleranten Niederlanden darf sich Rechtsextremist Wilders seit den Parlamentswahlen am 22. November die Hoffnung machen, den Küstenstaat an Deutschlands Grenze bald mit Unterstützung der Neoliberalen zu regieren. In Österreich droht eine rechte FPÖ-ÖVP-Regierung. Im europäischen Nachbarland Türkei hat Quasi-Diktator Erdogan seit den Wahlen am 14. Mai sein Folterwerkzeug fester denn je in der Hand, um Opposition, Rechtsstaat, Presse und Menschenrechte immer heftiger zu knebeln. Zum Glück hat die polnische Wahl am 15. Oktober zumindest ermöglicht, dass die offen demokratiefeindliche PIS-Partei von der Regierung

fortan ferngehalten wird. Und in Spanien ist es der sozialistisch geführten Linkskoalition mit Pedro Sanchez im Spätsommer immerhin, nach immensen, aber dafür nötigen Zugeständnissen an Separatisten, gelungen, die politischen Nachfahren des Faschisten Franco von der Regierung fernzuhalten.

Ohnmächtig in der Krise?

Aber auch im eigenen Lande, dessen Probleme im Vergleich zu andernorts geführten Kriegen und Demokratie-Gefährdungen geradezu harmlos erscheinen, wächst die Irrationalität als Jahresmotto 2023. Das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts gegen die Haushaltspraxis der Bundesregierung vom 15. November 2023 war weit mehr als irgendeiner unter vielen Richtersprüchen. Durch die dogmatisch-verbohrte Aufrechterhaltung des Grundgesetzartikels zur Staatsverschuldungsgrenze droht langfristig ein Schaden, den kommende Generationen mit einem ökologischen Desaster und mit einem völlig ramponierten Sozialstaat ausbaden könnten. Hier ist auch im kommenden Jahr keinerlei Verbesserung in Sicht, solange Union und FDP am irrsinnigen deutschen Sonderweg jener Schuldengrenze festhalten. Real macht sie alle echten und zwingend erforderlichen Zukunftsinvestitionen in Umwelt, Sozialstaat, Gesundheit, Bildung und Infrastruktur zunichte. Die Hoffnung auf Einsicht der neoliberalen Ideologen stirbt natürlich zuletzt.

Ein Mini-Lichtblick bleibt die hoffentlich endgültige Abschaltung der über Jahrzehnte lebensbedrohenden Atomkraftwerke. Auch in Lingen, in Bayern und in Baden-Württemberg sind sie endlich Geschichte. Jene kleine Flasche Sekt durfte wenigstens rückblickend aufgemacht und ausgeschlürft werden. Erhöhter Mindestlohn und Kindergrundsicherung sollten, ebenso wie ein annähernd existenzsicherndes Bürgergeld, zumindest auf der bescheidenen Plusseite landen. Ähnliches gilt für ein einigermaßen sinniges Einbürgerungsrecht und für die kommende, überfällige Entkriminalisierung von Cannabis.

Zerzauste Parteienlandschaft

Leider währt jede Freude nur kurz. Keinen Deut Hoffnung, eher das schiere Gegenteil hat 2023 die Sehnsucht auf einen Stopp des AFD-Wachstums produziert. Letzter Lichtblick war noch die Bremen-Wahl am 14. Mai gewesen, die zur Stärkung einer rotrotgrünen Landesregierung und zu einer

CDU als einziger demokratischen Oppositionsfraktion geführt hat, wobei die AFD nicht einmal parlamentarisch existent ist. Künftig droht das Gegenteil: Europawahlen, vor allem die herbstlichen Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen werden 2024 im besten Fall (!) zu Allerweltskoalitionen gegen die AFD führen, deren zusammengestoppelten Regierungsprogramme sich aufgrund der vorhandenen Gegensätze auf den vielbeschworenen Minimalkonsens gegen die Rechtsaußen beschränken. Leicht lässt sich allein schon wegen der drohenden Allerweltskoalitionen in Ostdeutschland ausmalen, dass die mit Postfaschisten durchtränkte AFD künftig eher stärker als schwächer wird. Faschist Björn Höcke, juristisch belegt darf man ihn so bezeichnen, darf sich sogar Hoffnungen machen, mit gut 40% in Thüringen allein zu regieren, falls bisherige Parlamentsparteien mit weniger als 5% der Stimmen aus dem Landtag fliegen. Armes Deutschland.

Sorgen macht immer mehr der Zustand der SPD. Der nach der Berlin-Wahl am 27. April von einer knappen Parteimehrheit um Franziska Giffey ohne jede Not durchgeknallte Kurs, sich der CDU als Koalitionspartner an den Hals zu werfen, wurde soeben in Hessen kopiert. Will die SPD plötzlich endgültig ihren Niedergang einleiten, weil einigen Leuten Posten wichtiger sind als Programme? Auch so etwas trägt zur Politikverdrossenheit bei. Und wenn die älteste demokratische Partei Deutschlands dermaßen mit ihrer Tradition umgeht, schadet so etwas der Demokratie immer auch insgesamt. Deutschland braucht mehr denn je eine starke, an ihrer Tradition und Vision orientierte Sozialdemokratie – und keinesfalls eine, die sich allenfalls als Moderator zwischen Grünen und FDP versteht.

Während die FDP sich immer fester in ihrer Wagenburg zum Schutz der Reichsten im Lande zurückzieht, torkeln die Grünen zunehmend im Höllentempo von alten ökologisch-pazifistischen Wurzeln fort und agieren mit einer eigenartigen Mischung aus Waffengeklirr bis hin zu sozial un- ausgegorenen Klimagesetzen. Dabei dürfte kaum eine Partei für den ökologischen Umbau so nötig sein wie intakte Grüne.

Blicken wir weiter nach links, droht sich dort seit diesem Jahr eine historische Zäsur anzudeuten. Die künftige Wagenknecht-Partei nimmt völlig offen in Kauf, dass die Linkspartei zu einer bedeutungslosen außerparlamentarischen Rumpfpartei

wird. Die „Wagenknechte“ wiederum dürften allein schon wegen ihrer oft migrationsfeindlichen Positionen kaum für Rotgrüne koalitionsfähig sein. Stirbt somit für die Zukunft jede Chance, Mehrheiten jenseits von AFD, Union und FDP zu bilden? Auch hier stirbt die Hoffnung zuletzt.

Und die Union? Sie hat mit Merz und Linnemann im Jahre 2023 endgültig den Rubikon des sozial und demokratisch Erträglichen überschritten. Blanker Hass gegen alles Ökologisch-Soziale mit schlimmster Demagogie gegen angebliche Veganismus-Verordner und Wurstverbietter paart sich mit Sozialdarwinismus in nackter Form. Das Halali auf die Renten der Ärmern und gegen Beziehende von Bürgergeld scheint nur eine Vorstufe von dem zu sein, was Deutschland mit dieser Formation in Black-Rock-Manier passieren kann. Im Kern benötigt Deutschland dringend eine konservativ-demokratische Opposition. Aber eben keine, die sich mit der Machete durch den Sozialstaat prügelt. Vor allem: Wie lange hält beim Merz-Kurs die Brandmauer zur AFD? Nahezu alle europäischen Schwesterparteien haben sie bereits ohne Skrupel eingerissen. Hoffen wir im Interesse unserer Demokratie, dass sie zumindest bei uns noch hält.

Brandaktuelles: Neue Hatz auf „Arbeitsverweigerer“?

Kurz vor den ultimativen Sylvesterböllern platzte soeben eine BILD-Zeitung in Jubelstimmung. Danach plant Arbeitsminister Hubertus Heil, solchen Menschen, welche wiederholt eine angebotene Stelle ablehnen, das Bürgergeld für volle zwei Monate komplett auf Null zu setzen. Die Unionsparteien und die FDP jubeln reflexartig wie frenetisch und sehen sich in ihrer Hatz auf angebliche Müßiggänger und „Faulenzer“ bestärkt.

Klar ist: Natürlich darf (wie bisher auch mit bis zu 30% der Bezüge) empfindlich sanktioniert werden, wenn jemand (aus welcher unterschiedlichen Gründen auch immer) einen angebotenen Job verweigert. Nur: Muss man ihm dann – bis auf Miete und Heizungskosten – für komplette zwei Monate die komplette Existenzgrundlage entziehen? Merke: Selbst ein Massenmörder im Knast besitzt das Recht auf Essen und Trinken. Sollen jetzt ernsthaft Menschen außerhalb der Knäste auf Null gesetzt werden? Klauen, um etwas beißen zu können? Hoffen wir, dass hier einige Schreibtischentscheider auf Sozialverbände hören, die ihre

Klientel besser kennen – und dass alles in 2024 nicht darartig menschenverachtend umgesetzt wird, wie es die Fankurve der BILD-Zeitung fordert.

Köpfe, die fehlen

Kein Jahresrückblick kommt ohne einen Hinweis auf vertraute Gesichter aus, die man fortan nicht mehr lebendig sehen wird. Rosi Mittermaier ist nun fast ein volles Jahr tot und wird dauerhaft das eher sympathische Gesicht eines früheren Sports sein, der sich heutzutage zunehmend bis ins Unerträgliche kommerzialisiert. Mit Ernst Huberty starb im April ein Sportmoderator, den es in diesem Format heute nicht mehr gibt. Gleiches gilt für Kicker-Legende Bobby Charlton. Oft kultig verehrte Stars wie Harry Belafonte, Tina Turner, Roger Whittaker, Peter Horton, Gina Lollobrigida, Raquel Welch, Christian Quadflieg, Elmar Wepper, Heidelinde Weis, Nadja Tiller, Lotti Krekel oder Ingrid Steeger gibt es fortan leider nur noch in verstaubten Musik- und Filmkonserven.

Nicht fehlen darf in dieser Reihung (sorry übrigens für alle, die von mir nicht erwähnt wurden) der verstorbene Unionspolitiker Wolfgang Schäuble.

Einerseits bleibt er ein klassisches und kantiges „Urgestein“ für einen konservativen Politiker, der Prinzipientreue sehr oft über Taktik gestellt hat und dem hemmungslose Demagogie ala Merz und Spahn fremd war. Andererseits vermag ich seine dunkle Rolle im Griechenland-Bashing der damaligen Bundesregierung nicht verzeihen, die das hellenische Sozial- und vor allem Gesundheitssystem seinerzeit völlig ruinierte und unter ärmeren Bevölkerungsgruppen unzählige Opfer zur Folge hatte.

Die Trauer um den testerongesteuerten Medien-Blödmacher Silvio Berlusconi, um den CIA-Außenminister Henry Kissinger oder gar um Putins Wagner-Chef Jewgeni Prigoschin dürfte dagegen bei Normalsterblichen mehr als überschaubar sein.

Lichtblickchen ...?

Gibt es eigentlich irgendetwas durchgängig Positives in diesem Jahresrückblick? Womöglich bleibt es fast allein der Aufstieg des VfL in die 2. Bundesliga, ermöglicht durch das unvergessene 90+6-Spiel gegen Dortmunds Zweite am 27. Mai. Aber bleiben die Jungs in ihrer neuen Liga? Seien wir zumindest hier optimistisch!

POLITIK UNTERRICHTEN

Sektor	Wert (€)
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	155,89
Wohnungsmieten, Energie und Wohnungsinstandhaltung	38,07
Bekleidung und Schuhe	32,76
Andere Waren und Dienstleistungen	32,34
Wohnungsgewinn	30,14
Verkehr	40,27
Post und Telekommunikation	40,14
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	43,82
Bildungswesen	11,71
Bohrerzeugung und Gaststättenerleichtungen	1,81
Interne Ausstattung, Haushaltsgüter und -geräten, laufende Haushaltsführung	23,34
Gesundheitspflege	35,10

HOLGER OPPENHÄUSER, AUTOR*INNENGRUPPE BILDUNGSMATERIAL

Wirtschaft demokratisch gestalten lernen

Kritische Materialien für Unterricht und außerschulische Bildung

WOCHENSCHAU POLITIK

attac Bildung

Großkonzerne und ihrer Lobbyorganisationen fluten die Schulen mit kostenlosen Materialien und anderen Bildungsangeboten. Dem setzt Attac seit 2015 eigene Bildungsmaterialien für Schulen und die außerschulische Bildungsarbeit entgegen, die kritische Sichtweisen auf wirtschaftliche Prozesse und Alternativen ins Zentrum rücken. Nun ist ein aktualisiertes, 270 Seiten starkes Best-Of bei Wochenschau, einem renommierten Fachverlag für politische Bildung, erschienen.

Das Material ist an einer bundesländer- und schulformübergreifenden Lehrplananalyse orientiert. So kann es gut im Unterricht eingesetzt werden und füllt zugleich wichtige Leerstellen. Denn wirtschaftliche Fragestellungen werden darin nicht isoliert betrachtet, sondern mit Ökologie, Geschlecht, Migration und Demokratie verknüpft. Dabei werden nicht zuletzt Gestaltungsvorschläge und Aktionsformen sozialer Bewegungen zur Diskussion gestellt.

272 Seiten / DIN A4 – 32,90 €
Erhältlich bei attac:

<https://shop.attac.de/bildungsmaterial-wirtschaft-demokratisch-gestalten-lernen>

Parolen aus dem Koffer Ein Projekt des ILEX-Kreises aus Osnabrück



In der Zeit des Nationalsozialismus gab es in Osnabrück über 100 Personen, die in verschiedenen Formen Widerstand gegen das diktatorische NS-Terrorregime geleistet haben. Viele von ihnen waren den Nazis noch aus der Zeit der Weimerer Republik bekannt und gerieten schon 1933 oder 1934 in die Fänge der Gestapo. Mit diesem Projekt möchten wir an diese aufrichtigen, unbeugsamen und tapferen Frauen und Männer erinnern, und ihre Namen vor dem völligen Vergessen retten.

Der „ILEX-Kreis“ verbindet mit dieser ersten Präsentation seiner Arbeit die Forderung, dieses bisher völlig unbeachtete Kapitel des Widerstands in Osnabrück weiterhin wissenschaftlich zu erforschen und öffentlich zugänglich zu machen.

<https://parolen-aus-dem-koffer.jimdosite.com/aktuelles>

Bis 10. März 2024 zum findet in der Gedenkstätte Augustaschacht ein Ausstellung über das ILEX-Projekt statt.

Zu guter Letzt! Die Mythen in der öffentlichen Kommunikation Henrik Peitsch

Der Mythos des gerechten Krieges

Wie sollten weder „groß“ noch „klein“ denken, sondern einfach nur unseren Empfindungen und unserem Mitgefühl folgen: Angriffskriege sind ein Verbrechen – Verbrechen dürfen nie die Fortsetzung der Politik mit anderen Mittel sein. Sogenannte Befreiungskriege sind eben auch Angriffskriege und sind nicht durch (vermeintliche) „Befreiungen“ allein legitimiert. Vor allem dann nicht, wenn es um die Vernichtung des Gegners geht.

Die öffentliche Diskussion über die Ereignisse vom 7. Oktober machen auch deutlich, dass neben

einer Sprachlosigkeit bei einem großen Teil der Bevölkerung eine hilflose Relativierung der Verbrechen der Hamas einen Teil der akademischen Community beherrschte (Judith Butler und Slavoj Žižek im der Freitag). Ein Minderheit ließ sich durch diese unzulässige Relativierung in der Verurteilung des brutalen Übergriffe der Hamas leiten. Die Selbstzuschreibung einer Befreiung ist das eigentliche Verbrechen, sie war in der Geschichte mit wenigen Ausnahmen immer auch ein Betrug an den Menschen, die befreit werden sollen. Die Hamas nutzt die „Befreiung“ nur Legitimierung ihres Machtanspruchs. Auch die brutale und menschenverachtende Siedlungspolitik Israels rechtfertigt nicht die Verbrechen der Hamas vom 7. Oktober.

Der Mythos der Staatsverschuldung

Nur in Bezug auf öffentliche Finanzen und der Privathaushalte spricht man von Schulden und unterlegt die kreditfinanzierten Investitionen mit einer moralischen Kategorie. In der Privatwirtschaft findet dieser Begriff lediglich Verwendung, wenn das Unternehmen wirtschaftlich scheitert und in eine Über-Schuldung geschlittert ist. „Schulden“ werden in der Regel als Verbindlichkeiten deklariert und in der Bilanz als solche ausgewiesen. Eine Kennzahl für den „Verschuldensgrad“ eines Unternehmens ist die Eigenkapitalquote. Sie liegt in Deutschland bei ca. 31 % (2021).

Wenn der Staat durch eine dogmatische „Sparpolitik“ – „Schuldenbremse“ dringend notwendige Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz nicht tätigt, werden die Folgekosten dieser Unterlassung die nachfolgenden Generationen erheblich belasten. Claudia Kempfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung hat durch Berechnungen nachgewiesen, dass z.B. die Kosten des Nichthandelns im Klimaschutz höher werden, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird. Im Bereich der Bildung erleben wir seit Jahren, dass unzureichende Investitionen in die berufliche Bildung zu einem hohen Mangel an Fachkräften führen.

Impressum

PAUKOS 2/2023 – Jg 42

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Osnabrück-Stadt
August-Bebel-Platz 1 – 49074 Osnabrück

Erscheinungsweise:

Zwei Ausgaben pro Jahr

Ausgabe:

2/2023

Auflage:

Print: 300 Stück – digital: 700

Redaktion:

Henrik Peitsch
oeffentlichkeitsarbeit@gew-osnabrueck.de

Druck:

Druckerei Rietbrock
Natruper Straße 87 – 49170 Hagen a.T.W.
Telefon: 05405/98050

Der PAUKOS ist auf unserer Website online verfügbar!

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne vorherige Zustimmung der Herausgeberin unzulässig. Ausnahmen sind gekennzeichnet.

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung der Verfasser*innen wieder.

Wenn es im Einzelfall nicht gelungen ist, Rechteinhaber*innen ausfindig zu machen, werden diese gebeten, sich mit dem Herausgeber in Verbindung zu setzen.



<https://farm4.staticflickr.com>

GEW Kreisverband Osnabrück - Stadt

Sprechstunde: mittwochs von 15:00 bis 17:00 h
(nicht während der Ferien)

Telefon: 0541/259620 - Fax: 0541/260827

gew-osnabrueck@t-online.de

www.os-stadt.gewweserems.de

Kritische polit-ökonomische Bildung

Perspektiven aus Wissenschaft & Praxis

*Entfremdung Keynesianismus Keynes Klassen
Armut-Vermögen Rendite Freiheit Staatsverschuldung
Herrschaft Mündigkeit Ökologische-Ökonomie Planetarische-Grenzen
Private-Equity Suffizienz Gerechtigkeit-Ungerechtigkeit Marx
Menschenrechte Konsum-Konsumismus Banken Hegemonie
Hegemonie Orthodoxie-Heterodoxie Gleichheit
KRITISCHE ÖKONOMISCHE BILDUNG
Liberalismus Ressourcenkriege Produzent Finanzkrise Feministische-Ökonomie
Post-Keynesianismus Gesellschaftsform Bürger Vergesellschaftung
Klassismus Kredit Finanzkapital Neoliberalismus Ressourcen
Donut-Ökonomie Plurale-Ökonomie Profit Ausbeutung
Arbeit-Kapital Eigentum Nachhaltigkeit Hedgefonds
Verbraucher Allmende Macht Wachstum*

Anmeldung



Weitere Infos



16:00 Uhr
Online

10.01.2024

Politische Ökonomie in der Pluralen Ökonomie
Elisabeth Springler
(FH des BFI Wien)

13.03.2024

Feministische Ökonomie und Bildung
Daniela Gottschlich
(Hochschule für Gesellschaftsgestaltung)

16.05.2024

Der Wert von Bildung
Thomas Höhne
(Helmut-Schmidt-Universität Hamburg)
Marc Fabian Buck
(FernUni Hagen)

14.02.2024

Kapitalismus für Einsteiger*innen
Christoph Ernst
(Freier Bildner)

10.04.2024

Politische Bildung und Care-Arbeit
Nina Kullrich
(Werkstatt 3 - Hamburg)

12.06.2024

Arbeitsverhältnisse in der außerschulischen politischen Bildung
Georg Gläser (Universität Köln)
André Pollmann (ver.di)



<https://ogy.de/kroebe>